

VOLKSBLATT SPLITTER

H5N1-Verdacht auf La Réunion nicht bestätigt

PARIS – Entwarnung auf La Réunion: Der Vogelgrippe-Verdacht bei einem aus Thailand zurückgekehrten Bewohner der französischen Insel hat sich nicht bestätigt, wie das Gesundheitsministerium in Paris am Donnerstag mitteilte. Der 43-Jährige sei nicht – wie nach ersten Tests vermutet – mit dem Virus H5N1 infiziert, sondern mit einem anderen Grippe-Erreger. Die Ergebnisse der Proben von zwei weiteren Patienten mit grippeähnlichen Symptomen auf La Réunion standen noch aus. (AP)

Festnahmen nach Unruhen

BIRMINGHAM – Nach den Unruhen in Birmingham mit einem Toten vom Wochenende hat die britische Polizei gestern zwei Verdächtige festgenommen. Die beiden Männer im Alter von 22 und 25 Jahren stünden im Verdacht, den 23-jährigen Isiah Young-Sam getötet zu haben, erklärte die Polizei. Auslöser der Unruhen waren Gerüchte über die Vergewaltigung eines 14-jährigen Mädchens aus der Karibik durch einen Südasiaten. Bei Strassenschlachten wurden dutzende Geschäfte verwüstet und Autos in Brand gesteckt. (AP)



Keine Süßigkeiten

NEW YORK – Hollywood-Star Catherina Zeta-Jones achtet penibel auf die Ernährung ihrer Kinder. Sohn Dylan und Tochter Carys bekommen nicht das typische «Kinderessen», sagte die Schauspielerin dem US-Magazin «Life»: «Keine Süßigkeiten. Fast keinen Saft», lautet demnach das Credo der 36-Jährigen. Um den Kindern trotz der Berufstätigkeit beider Eltern möglichst viel Normalität zu bieten, hätten sie und ihr Mann Michael Douglas eine Vereinbarung getroffen, erklärte die Schauspielerin weiter. Wenn einer von ihnen arbeite, bleibe der andere zuhause bei der Familie. Zeta-Jones und Douglas feiern im November ihren fünften Hochzeitstag. Sohn Dylan ist fünf, Tochter Carys zweieinhalb Jahre alt. (AP)

«Breite Zustimmung»

Informeller EU-Gipfel – Widerstand gegen Globalisierungsfonds

HAMPTON COURT – Vor allem bei den EU-Nettozahlern ist der vorgeschlagene Globalisierungsfonds am informellen EU-Gipfel auf Widerstand gestossen. Daneben wurde am Donnerstag über Sozial- und Wirtschaftspolitik gestritten.

Die Europäische Union ist auch nach dem Treffen in Schloss Hampton Court bei London weit von einer Strategie zur Bewältigung der Globalisierungsfolgen entfernt. Die 25 Staats- und Regierungschefs der EU wurden nur in wenigen Punkten einig, wie Diplomaten berichteten.

Blair zufrieden

Trotzdem zeigte sich der britische Premierminister und amtierende EU-Ratspräsident Tony Blair am Donnerstagabend zufrieden mit dem Gipfeltreffen. Seine Vorschläge zu einer «zukunftsorientierten Politik» der EU hätten «breite Zustimmung» gefunden.

Einig sei man sich über die Notwendigkeit von mehr Forschung, dem Aufbau eines gesamteuropäischen Energieleitungsnetzes, der Bekämpfung des Terrorismus und der Eindämmung illegaler Einwanderung. Blair sagte, er wolle bis zum Dezember konkrete Vorschläge machen, etwa zum umstrittenen Globalisierungsfonds. Die Vor-



Tony Blair: Seine Vorschläge hätten «breite Zustimmung» gefunden.

schläge sollten beim nächsten EU-Gipfel gemeinsam mit dem heftig umstrittenen EU-Haushalt beschlossen werden.

Skepsis bei Globalisierungsfonds

Blair und der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso planen einen Milliardenfonds zur

Linderung negativer sozialer Folgen der Globalisierung. Skeptisch zum Fonds äusserte sich unter anderem der abtretende deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder; Kritik kam auch aus den Niederlanden, Schweden, Estland und Dänemark.

Blair hatte seine frühere Ablehnung gegen den Fonds aufgegeben.

Diplomaten sehen darin einen Versuch, Frankreich für einen Finanzkompromiss im Dezember zu gewinnen. Jacques Chirac hatte sich – wie Italien – bereits für den Fonds ausgesprochen.

Neben dem Globalisierungsfonds blieb auch die Idee einer gemeinsamen Energiepolitik umstritten.

Streit in Agrarfrage

Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac liess am Donnerstag beim EU-Gipfel den Streit über die gemeinsame Verhandlungslinie in der Welthandelsrunde eskalieren. Blair macht eine Einigung über die milliardenschwere Finanzplanung für 2007 bis 2013 im kommenden Dezember von einer gemeinsamen Strategie in dieser Frage abhängig.

Chirac sagte, seine Regierung habe jedes Recht, einen neuen Vorschlag der EU-Kommission über die Agrarsubventionen für die WTO-Verhandlungsrunde zurückzuweisen. Frankreich werde keine Position zulassen, die die 2003 beschlossene Agrarreform in Frage stelle.

Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten sich bei ihrem Gipfel im Juni nicht auf einen Finanzplan einigen können. Blair hatte sich geweigert, den so genannten Britenrabatt zu ändern, ohne dass die Agrarsubventionen gekürzt würden, von denen besonders Frankreich profitiert. (sda)

Viel Glaubwürdigkeit eingebüsst

Uno-Hilfsprogramm Öl für Nahrung – Schlussbericht der Volcker-Kommission

NEW YORK – Der Schlussbericht der unabhängigen Untersuchungskommission zum Uno-Hilfsprogramm Öl für Nahrung zeigt es: Rund 2200 Unternehmen, auch zahlreiche aus der Schweiz, waren bereit, für Lieferungen an den Irak Schmiergelder zu bezahlen.

1,8 Milliarden Dollar seien an den Kontrollorganen der Vereinten Nationen (Uno) vorbeigeschmuggelt worden, sagte das Schweizer Mitglied der Kommission, der Basler Strafrechtsexperte Mark Pieth, am Donnerstag der Nachrichtenagentur sda. Der 600-seitige Bericht wurde am Donnerstag in New York vorgestellt.



Journalisten stürzten sich in New York auf den Volcker-Abschlussbericht.

Nachdem die Ermittler in einem früheren Bericht gezeigt hätten, wie die Desorganisation der Uno die illegalen Zahlungen möglich ge-

macht hätten, legen sie nun dar, wie die Zahlungen abliefen. Der Bericht druckt zahlreiche Begleitbriefe ab, die laut Pieth beweisen, dass die

Unternehmen gewillt waren, künstlich verteuerte Produkte zu liefern.

Öl für Nahrung sei «die Mutter aller Hilfsprogramme» gewesen und relativ erfolgreich verlaufen, sagte Untersuchungsleiter Paul Volcker. Der Erfolg sei aber zu einem zu grossen Preis gekommen: Die Uno habe dadurch viel von ihrer Glaubwürdigkeit eingebüsst, sagte der ehemalige Chef der US-Notenbank an der Medienkonferenz. Unter Druck gerät auch Annans Stellvertreterin, Louise Frechette. Spätestens ab dem Frühjahr 2000 als der Irak in aller Öffentlichkeit Aufpreise verlangt habe, hätten die Uno-Hüter Alarm schlagen müssen, schreibt das Komitee. (sda)

Dürftige Soforthilfe

Von Uno-Geberkonferenz enttäuscht

ISLAMABAD/GENÈVE – Uno-Vertreter haben mit Bestürzung auf die dürftige Soforthilfe für die pakistanischen Beben-Opfer reagiert. Die knapp 16 Mio. Dollar dafür kamen am Mittwoch an einer internationalen Geberkonferenz in Genf zusammen.

Diese Summe reiche bei weitem nicht aus, um die drei Millionen Obdachlosen in der Himalaya-Region über den unmittelbar bevorstehenden Winter zu bringen, sagten am Donnerstag die Uno-Vertreter, die die internationale Hilfe in dem Gebiet koordinieren.

«Es bleibt der Eindruck, dass die internationale Gemeinschaft noch

nicht voll begriffen hat, welche Katastrophe droht», sagte der Uno-Chef-Koordinator in Pakistan, Rashid Khalikov. «Es geht um das nackte Überleben.»

Ein Bündnis aus den Hilfsorganisationen Brot für die Welt, Deutscher Welthungerhilfe, medico international, Misereor und terre des hommes richtete am Donnerstag einen Hilfsappell an die Weltgemeinschaft.

Nach einem dramatischen Apell von Uno-Generalsekretär Kofi Annan hatte die internationale Gemeinschaft den Erdbebenopfern am Mittwoch in Genf weitere Hilfen im Wert von 580 Millionen Dollar (knapp 750 Mio. Franken) versprochen. (sda)

++++ Zu guter Letzt...++++

Geschenk statt Kaktus zum Abschied

HAMPTON COURT – Mit einem Abschiedsgeschenk in grünem Papier ist der deutsche Kanzler Gerhard Schröder (Bild) am Donnerstag von der EU-Bühne abgetreten. Das Geschenk erhielt er vom britischen Premier und amtierenden EU-Ratsvorsitzenden Tony Blair. Blair habe ihn zusammen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Belka freundlich verabschiedet, berichtete Schröder nach dem Gipfel in Hampton Court bei London. Er habe das Präsent noch nicht geöffnet, aber es schon einmal abgetastet: «Ein Kaktus ist es nicht.» Sein Verhältnis zu Blair,

mit dem er vor allem in Fragen der Marktliberalisierung häufig nicht einer Meinung war, nahm Schröder in Schutz. Sie hätten untereinander ihre Streitpunkte stets fair und menschlich miteinander ausdiskutiert, ohne dass eine persönliche Aversion entstanden sei. (sda)



ANZEIGE

VOLKSBLATT

MIETE MICH FÜR 5,-/TAG

VOLKSBLATT

MIETE MICH FÜR 5,-/TAG

Weitere Infos
www.vb.ch

Profitieren Sie als
-Abonnent
von Vorzugspreisen